

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: GJBW

Beschlussdatum: 19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 330 bis 334:

Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. ~~Menschen, die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive.~~ Menschen fliehen, weil sie leben wollen – weil sie Hoffnung suchen, weil sie vor Krieg, Klimakatastrophen und Ungleichheit fliehen. Wir stehen für eine gerechte Migrationspolitik, die diese Realität anerkennt und Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Dafür braucht es sichere Fluchtwege, faire Asylverfahren und klare Strukturen. Wir fordern ein Bleiberecht, das Menschen nicht in Angst, sondern in Würde leben lässt – durch das Ende der Abschiebehaft und das Recht auf unabhängige Rechtsberatung. Nur so kann Integration gelingen – auf der Grundlage von Respekt, Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Wir haben deshalb in der letzten Legislaturperiode einen Bleiberechtserlass

Begründung

Die Streichung des ursprünglichen Satzes ist notwendig, weil er ein perspektivloses und konditioniertes Verständnis von Migration transportiert: Er suggeriert, dass Menschen nur dann eine Zukunft verdienen, wenn sie bestimmte Leistungs- und Anpassungskriterien erfüllen. Das ist nicht nur restriktiv, sondern widerspricht einem progressiven, menschenrechtsbasierten Ansatz, der Menschen nicht nach verwertbaren Eigenschaften sortiert. Der neue Text ist deutlich 'grüner', weil er Flucht als menschliche Realität anerkennt und nicht als Problem behandelt. Er stellt Menschlichkeit ins Zentrum und benennt klar die politischen Schritte, die eine gerechte Migrationspolitik braucht: sichere Fluchtwege, faire Verfahren, Schutz vor Unsicherheit durch längere Duldung, ein Bleiberecht ohne Angst, Abschaffung der Abschiebehaft und unabhängige Rechtsberatung. Dieses Verständnis ist inklusiv, solidarisch und zukunftsorientiert. Es betont Chancen, nicht Bedingungen; Rechte, nicht Pflichten; Würde, nicht Verwertbarkeit.